

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 848 pbbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA), zur Wende in der Sozialpolitik: Der Druck wird immer rigorosier und unverhohlener.

Seite 1

Robert Antretter MdB, Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarats, sieht in der Europawahl eine Bewährungsprobe für die Sozialdemokraten.

Seite 3

Hans Günter Brauch wirft der Bundesregierung Informationsverweigerung und Widersprüchlichkeit in der Frage der Lagerung chemischer Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik vor.

Seite 5

38. Jahrgang / 197

13. Oktober 1983

Neu formiert

Liberal-Konservative ziehen innenpolitische Frontlinie

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Die sozialen Auseinandersetzungen verschärfen sich. Geredet wird zwar noch von sozialer Partnerschaft und sozialem Dialog. Aber die Landschaft sieht anders aus. Eine neue gesellschaftspolitische Frontlinie formiert sich. Sie reicht von den Wirtschaftsthesen des CDU-Lagers, über den Wirtschaftsflügel der Union bis hin zur FDP-Führung und zum inneren Kreis der Arbeitgeberverbände. Sie drängen ungeduldig "zur Wende", worunter sie ein Umkrempeln von Staats- und autonomer Sozialpolitik verstehen.

Die diversen Hauptquartiere der Liberal-Konservativen haben auch schon vor Jahrzehnten, zur Zeit der ersten CDU/CSU- und FDP-Koalition, aus ihrer Sympathie für diese Art von politischer Blockbildung keinen Hehl gemacht. Kennzeichnend für unsere Tage ist allerdings die Rigorosität, mit der sie ihre materiellen Interessen und politischen Ziele verfolgen, wie sie Wirtschaftsmacht und Vorrechte mit Druck gegen die Arbeitnehmer, mit unverhohlener politischer Einseitigkeit und maßlos werdendem Jargon gegenüber Andersdenkenden verbinden.

Dies alles beschränkt sich nicht nur auf Unionsthesen und Arbeitgeberpublizistik. Bis in die Betriebe hinein wird der Ton rauher und werden die Verhältnisse ruppiger. Das geschieht nicht selten so, als ob mit der bundesrepublikanischen Vergangenheit, vor allem mit den 70er Jahren, abgerechnet werden solle. Der Charakter dieser Abrechnung erscheint in und zwischen den Zeilen. Er gilt dem Sozialsystem und der Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Die Zeichen sind offensichtlich. So sollte zunächst die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer durch Verfassungsklage ausgehebelt werden. Nachdem das nicht glückte, wird die Wende nunmehr in der betrieblichen Praxis versucht. Betriebsräte werden fristlos entlassen, Arbeitnehmer-

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verpflichtung: Drucken
mit dem besten Papier
Kreuz-Druck



vertretungen unter Druck gesetzt, die Wahrnehmung eines gewerkschaftlichen Delegiertenmandats mit Maßregelung bedroht. Hinter dem Rücken der Arbeitnehmer werden Massenentlassungen eingefädelt, über weitreichende betriebliche Strukturveränderungen gibt es noch nicht einmal offene Information, geschweige denn Mitbestimmung. So werden Rechte und Erwartungen in den täglichen Clinch genommen.

Die Liberal-Konservativen steuern auf Krisen des Sozialsystems zu. In dem, was sie wollen und was sie tun, wie sie Druck auf die Bonner Politik, in der Gesellschaft und in den Betrieben ausüben, zeichnet sich das ab. Ihr Umgang mit der wirtschaftlichen Macht und anmaßendes Verhalten gegenüber den breiten Schichten und ihren Lebensverhältnissen verdichten sich zu einem Dunstkreis, der den heutigen Koalitionsblock umgibt.

Wer angesichts dieser Erfahrungen vor "auseinanderdriftenden Einkommensstrukturen und einer Rückkehr zu hierarchischen Verfügungsgewalten" warnt, der findet sich in anmaßenden Kommentaren der Arbeitgeberpublizistik wieder. Dabei sind die materiellen Aufspaltungen offensichtlich geworden: Für die einen werden die Vermögenssteuern und für die anderen die Sozialleistungen gesenkt. Gleichzeitig wird die tarifvertragliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit Aussperrung bedroht. Die Arbeitgeber denken stattdessen an Veränderungen des Rechts der Arbeitsverhältnisse und wollen auf diese Weise neue Verfügungsgewalten über Arbeitszeit und Arbeitsinhalte durchsetzen. Die Suche "nach neuer Phantasie und Flexibilität" nennen sie das.

In dieser Landschaft muß die jüngste katholische Sozialenzyklika zur Arbeit wie ein verlorenes Dokument wirken. Wer so argumentiert wie sie, der kann sicher sein, von dem "Wende"-Block der sozial-ökonomischen Ketzerei geziehen zu werden. Weist doch diese Enzyklika dem Staat die Pflicht zu einer "gerechten Arbeitspolitik" zu, postuliert die staatliche Pflicht zum beschäftigungspolitischen Handeln, spricht vom "Vorrang der Arbeit", steht also in vollem Widerspruch zu denen, die für den Vorrang des Kapitals das deutsche Verfassungsgericht mobilisieren wollten. "Gesamtvorsorge und Gesamtplanung" werden angesichts neuer Technologien und Arbeitsstrukturen definiert. Die Enzyklika sieht in der Arbeit eine "fundamentale Dimension menschlicher Existenz auf Erden".

Es überrascht nicht, daß die jüngste Sozialenzyklika in unserem Lande zu einer Botschaft wurde, die weniger verbreitet als vielmehr verschwiegen und verdrängt worden ist. Stattdessen ist dauernd von liberalen "Rahmenbedingungen" die Rede. Gemeint ist damit eine Zukunftsgesellschaft mit ganz anderen Ufern. Was sind das für Rahmenbedingungen, so fragt man sich angesichts von Stahl, Werften, ganzen Branchen und Regionen, im Blick auf das Wegsacken öffentlicher Investitionen und den Verlust von Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Dynamik, sozialer Sicherheit und realer Mitbestimmung der Arbeitenden.

Solche Fragen schiebt die Regierung von sich. Sie versteckt sich hinter dem Wort vom "Markt". Die liberalistischen Marktmechaniker folgern daraus, damit seien die Dinge und die Menschen ihnen ausgeliefert. Aber dagegen wenden sich die Betroffenen - an der Küste, an Ruhr und Saar und andernorts, wo die Strukturprobleme aufgebrochen sind.

Alle Welt redet davon, man müsse aus der Geschichte lernen. Bemerkenswert ist allerdings, wie und wen die Wendepolitik dazu verführt hat, viel mehr von früheren Klassenmentalitäten als vom sozialstaatlichen Charakter lernen zu wollen. Aber Sehnsucht nach dem Jargon und dem Druck von oben wird auf wachsenden Widerstand in der Gesellschaft stoßen - und das nicht allein bei Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Arbeitnehmern. Schließlich steht der politische Zustand der Bundesrepublik auf dem Spiel.

(-/13.10.1983/ks/hgs)

+ + +



Für eine neue Europabewegung des Friedens

Die Chance der Europawahl 1984 als Bewährungsprobe der Sozialdemokratie

Von Robert Antretter MdB

Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarats
Stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union Baden-Württemberg

Die Ankündigung des sozialdemokratischen Programms zur Europawahl 1984 im SPD-Parteirat geschah in einer merkwürdigen Situation. Plötzlich, nach Jahren lähmender Europamüdigkeit, ist die Rede von "europäischer Renaissance", von "neuer Europabewegung" gar vom "Glanz der europäischen Idee". Täuschen wir uns selbst? Oder haben wir tatsächlich unerklärlich rasch die Talsohle des Desinteresses für Europapolitik durchschritten und - wie mit einem Ruck - ärgerlichen Ballast hinter uns gelassen?

Auch wir Sozialdemokraten hatten uns ja längst an das Ritual der Krisenberichte aus der EG gewöhnt. Die Statistik der Fehler und Versäumnisse wurde mit hilflosem Achselzucken und allenfalls noch mitleidigem Lächeln quittiert. Quo vadis-Europa? Es schien zum Naturgesetz geworden, daß letztlich alle Wege in den Sackgassen einer kapitalistisch dominierten und bürokratisch verwalteten Gemeinschaft von Nationalstaaten mündeten. Während der deutschen Präsidentschaft der Kohl-Regierung wurden die englischen Querelen und der Streit um den EG-Haushalt nachgerade zum öffentlichen Skandal, als sich der "Stuttgarter Gipfel" zum Höhepunkt peinlicher Eitelkeiten angesichts der "europäischen" Massenarbeitslosigkeit von 16 Millionen Menschen entwickelt hatte. Gegen die konzeptionelle und politische Unfähigkeit der Regierungen, Strategien der Gemeinschaft durchzusetzen, demonstrierten damals zehntausende von Arbeiter-Delegierten aus den Mitgliedsländern, die dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes gefolgt waren.

An den Zahlen des Arbeitsmarktes hat sich seither nichts zum Besseren "gewendet". Und auch in anderen Politikfeldern Europas ist der "Aufschwung" nicht in Sicht. Aber dennoch und trotz alledem: Was jetzt überraschend deutlich in Erscheinung tritt und so viele Menschen als Perspektive fasziniert, das ist die Konzeption einer Europäischen Friedensordnung. Da scheint wesentlich Neues in den Völkern selbst aufzubrechen. Und Ideen der 50er Jahre sehen sich zeitgeschichtlich "aufgehoben" in der Friedensbewegung für ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal.

Und diesem Gedanken wiederum entspricht genau jene auf dem Münchner Parteitag bekräftigte Grundsatzposition des Codesberger Programms, "eine europäische Zone der Entspannung"



zu schaffen, die "in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen". Dazu hat sich nun auch eine Bürgerinitiative ohne Gewalt aufgemacht, um Europapolitik von unten zu entwickeln: Ziel ist ein demokratisches und freies Europa als Friedensmacht - "jenseits der Militärblöcke".

Die Konzentration der Herausforderungen also, die kritische Bündelung von Problemlagen in den Bereichen Arbeit, Frieden und Umwelt - das ist die nächste Aufgabe der Sozialdemokraten. Die SPD kann die Europawahl zur Bewährungsprobe machen und erfolgreich bestehen, wenn sie jetzt eine gesellschaftspolitische Reformoffensive startet. Nach der "Raketenfrage" werden wir ohnehin den Machtkampf um die 35-Stundenwoche haben, den wir mit den Gewerkschaften führen, damit die Arbeitgeber-Tabus verschwinden und ein Durchbruch zur Arbeitszeitverkürzung und zur vernünftigen Umverteilung von Arbeit auf möglichst alle Menschen erzielt wird.

Für die europapolitische Arbeit der Sozialdemokraten ist es daher notwendig, rechtzeitig die Weichen für die Europawahl 1984 zu stellen, für die drei Schwerpunktthemen als roter Faden gelten:

- Sinnvolle Arbeit für alle
- Rettung der natürlichen Umwelt
- Orientierung auf eine Europäische Friedensordnung.

Was dies für das Verhältnis zwischen organisierter Arbeitnehmerbewegung und Friedensbewegung bedeutet, dürfte offensichtlich sein. Jedenfalls geht es im "Umbruch" (Hans-Jochen Vogel) darum, die Grundlagen für ein Europa sozialer Demokratie zu schaffen und auf diese Weise die Vision der Europäischen Friedensordnung wieder sichtbar zu machen.

(-/13.10.1983/ks/hgs)

+ + +



Informationsverweigerung und Widersprüche der Bundesregierung

Anmerkungen zur Antwort des Auswärtigen Amtes auf drei Große Anfragen
zu chemischen Kampfstoffen

Von Hans Günter Brauch

Berater der sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand

Nach der Annahme der Verfassungsbeschwerde von zwölf Bürgern aus dem Raum Pirmasens, die sich gegen die Stationierung von chemischen Nervengasmunitionen in der Pfalz richteten, und nach einer Organklage von etwa 20 SPD-Abgeordneten angesichts der wiederholten Weigerung der Bundesrepublik, die gewählten Vertreter des Volkes über die Gefahren der auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gelagerten amerikanischen Nervenkampfstoffe, hat die Fraktion der Grünen am 26. Mai 1983 drei Große Anfragen zu Giftgas im Bundestag eingebracht:

- Giftgas - Lagerung, Gefährdung - Rechtsgrundlagen (Drucksache 10/97)
- Giftgas - Souveränität, Kontrolle - Gefährdung (Drucksache 10/98)
- Giftgas - Öffentliche Information - Völkerrecht, Interpretation - Re-pressalien (Drucksache 10/99).

Die Antwort des Auswärtigen Amtes wurde Anfang Oktober dem Deutschen Bundestag zugeleitet. Sie ist der Anlaß für die heutige aktuelle Bundestagsdebatte zur Frage der Lagerung amerikanischer C-Kampfstoffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Folgende generelle Anmerkungen sind im Lichte der wissenschaftlichen und militärischen Literatur angebracht:

1. Die restriktive Informationspolitik der Bundesregierung wird beibehalten.

Den Bundestagsabgeordneten wird weiterhin von der eigenen Regierung vorenthalten, was jeder Wissenschaftler aus den Parlamentsprotokollen des amerikanischen Kongresses und den Anhörungen im Militärausschuß und Bewilligungsausschuß beider Häuser sowie aus den einschlägigen Militärzeitschriften der angesehenen amerikanischen Kriegsakademien (Military Review und Parameters) entnehmen kann. Die Antworten bleiben weit hinter den offiziellen UNO-Berichten über C-Waffen zurück. Warum wird den eigenen Volksvertretern offiziell vorenthalten, was der militärische Gegner offiziellen offenen Quellen aus den USA entnehmen kann? Warum wird die Offenheit, Transparenz den eigenen Bürgern verwehrt, welche die Bundesregierung international im Rahmen der Vertrauensbildenden Maßnahmen propagiert?

2. Die Antworten sind sowohl hinsichtlich der Rechtsgrundlagen als auch der militärischen Funktion der C-Waffen in den Verteidigungsanstrengungen der USA widersprüchlich.

Zum einen behauptet die Bundesregierung, die Bundesrepublik habe mit dem Truppenstationierungsvertrag vom 23. Oktober 1954 sich "mit dem weiteren Verbleib ausländischer Streitkräfte in der damaligen Effektivstärke einverstanden erklärt; dies umfaßt auch deren Bewaffnung einschliesslich nichtkonventioneller Waffen, darunter damals bereits im Bundesgebiet stationierter chemischer Waffen. Eine Erhöhung der Effektivstärke ist von der Zustimmung der Bundesregierung abhängig". Läßt sich daraus schlußfolgern, daß die USA im Rahmen der bestehenden Effektivstärke die herkömmlichen chemischen Waffen in der Bundesrepublik im selben Umfang durch binäre Nervenkampfstoffe ersetzen kann? Dieser Interpretation widerspricht jedoch die Bemerkung: "Rechte der westlichen Alliierten zur Stationierung von Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bestehen seither nur im Rahmen vertraglicher Abmachungen." Folgt man dieser zweiten Interpretation, wäre dann nicht ein Stationierungsvertrag erforderlich, dem der Bundestag und gegebenenfalls der Bundesrat zustimmen müßte? Die amerikanische Regierung hat die zweite Interpretation wiederholt öffentlich unterstützt. Lawrence Eagleburger und



Richard Wagner (Pentagon) haben übereinstimmend erklärt, daß keine binären chemischen Kampfstoffe gegen den Willen der Bundesregierung auf deutschem Boden stationiert würden.

Die Bundesregierung hat sich in der Frage der frühestens 1985 erfolgenden Stationierung binärer chemischer Munition auf dem Gebiet der Bundesrepublik bisher widersprüchlich geäußert. Verteidigungsminister Dr. Wörner äußerte sich nach einer Meldung der Frankfurter Rundschau vom 7. September im Verteidigungsausschuß offenbar ablehnend zur Stationierung von neuen C-Waffen auf deutschem Boden. Am 7. Oktober beschränkte sich Dr. Wörner in Loccum auf die Bemerkung, diese Frage sei gegenwärtig nicht aktuell. Wie wird sich die Bundesregierung verhalten, wenn die USA entsprechend den Wünschen von General Rogers und im Einklang mit der Konzeption für den Luft-Boden-Kampf (Air-land Battle) frühestens 1985 auf die Einführung neuer binärer C-Waffen drängen werden. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der amerikanischen Militärzeitschrift Military Review vom April 1981: "Vorgeschobene Lager mit chemischer Munition der Nato sind in ausreichender Zahl nötig, um die C-Kriegsführung wirksam zu unterstützen und damit einen günstigen Ausgang zu erreichen?"

Zur militärischen Planung für den defensiven Einsatz von C-Waffen stellt die Bundesregierung zum einen fest, es könne "auf Seiten der Nato keine konkrete 'Einsatzplanung' für C-Kampfstoffe geben". Zum anderen behauptet die Bundesregierung: "Die Bündnispartner sind sich einig, daß die Stationierung nichtkonventioneller Waffen in Übereinstimmung mit den Verteidigungsplänen der Nato und im Einvernehmen mit den direkt beteiligten Staaten festgelegt wird." Galten die konkreten Einsatzrichtlinien für den Gebrauch von C-Waffen, die im alten Militärhandbuch (FM 100-5 Operations von 1976) der US-Army enthalten waren, beziehungsweise gelten die Forderung des neuen Militärhandbuches (FM 100-5 Operations vom 22. August 1982), die US-Army müsse die Fähigkeit haben, in einem kombinierten konventionellen, chemischen, nuklearen und elektronischen Gefechtsfeld zu operieren, weltweit mit Ausnahme der Bundesrepublik?

Die Interpretation des möglichen Einsatzes von Nervenkampfstoffen der USA zur Erwidmung eines sowjetischen Angriffes bleiben unklar. Der Unterschied zwischen der alten Position der Bundesregierung, die nachdrücklich die Position des Deutschen Reiches zum Genfer Giftgasprotokoll bekräftigte, das 1929 ohne Vorbehalt dem Genfer Abkommen von 1925 beitrug, während die USA sich 1975 beim Beitritt ausdrücklich das Recht vorbehielten "to retaliate in kind" beziehungsweise Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Welche Möglichkeiten bestehen, daß die Bundesregierung ihre Position, wie aus der Antwort von Staatsminister Möllemann vom 26. Juli 1983 ersichtlich ist, im Konfliktfall gegenüber amerikanischen Militärplanungen durchsetzen kann? Ist ein Repressalieneinsatz, der die Zivilbevölkerung in beiden deutschen Staaten nicht trifft, überhaupt durchführbar? Dr. Robinson von der Universität Sussex ging davon aus, daß bei einem Nervengaseinsatz in Mitteleuropa auf einen getöteten Soldaten zwanzig zivile Opfer kommen. Wurde mit der Formulierung der Bundesregierung nachträglich ein Vorbehalt erhoben? Wie kann der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beim Einsatz von VX und GB gegenüber der Zivilbevölkerung überhaupt gewahrt werden?

3. Die Informationen sind politisch einseitig. Die sowjetische chemische Bedrohung wird herausgearbeitet, das amerikanische chemische Potential in der Bundesrepublik wird jedoch verniedlicht.

Die Bundesregierung verzichtet zwar darauf, die chemischen Waffen beider Supermächte zu quantifizieren. Dem "erheblichen offensiv einsetzbaren C-Potential" der Sowjetunion



stellt sie "die begrenzte Repressalienkapazität" der USA im Nato-Bereich gegenüber. Den Abgeordneten wird vorenthalten, daß sich nach offiziellen amerikanischen Quellen zehn Prozent der amerikanischen Nervengasbestände in der Bundesrepublik befinden: circa 2.000 Tonnen der beiden Nervengifte GB (Sarin) und VX beziehungsweise circa 20.000 Tonnen chemischer Nervengasmunition.

4. Die Bundesregierung verweigert unter Bezugnahme auf Geheimhaltungsvorschriften die Veröffentlichung der Standorte der C- und Atomwaffenlager.

Während in den USA alle Standorte für chemische Kampfstoffe offen sind und die US-Streitkräfte in offiziellen Pressefotos gelegentlich die Standorte (zum Beispiel für die Pershing IA in Schwäbisch Gmünd) nennen, wird den Abgeordneten des Bundestages diese Auskunft noch immer verweigert. Die Bundesregierung verweigerte auch eine Stellungnahme zu der Feststellung des verstorbenen demokratischen Senators Henry Jackson am 17. September 1980 im amerikanischen Senat, wonach jährlich circa 4.000 Undichtigkeiten (Lecks) in den Gesamtbeständen des US-Giftgasarsenals auftreten. Wer überprüft die Einhaltung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bei den statistisch möglichen 400 Lecks bei amerikanischen Nervengasbeständen in der Bundesrepublik Deutschland?

5. Die Bundesregierung widersetzte sich im Rahmen der UNO der Forderung des Palme-Berichts, in Mitteleuropa eine giftgasfreie Zone zu schaffen.

Ohne die Bemühungen der früheren und der jetzigen Bundesregierung um ein umfassendes völkerrechtlich verifizierbares C-Waffen-Verbot gering zu schätzen, bleibt jedoch festzuhalten, daß die Bundesregierung im November 1982 nach dem Regierungswechsel einem Vorschlag, in Mitteleuropa eine giftgasfreie Zone zu errichten, in den Vereinten Nationen nicht zustimmte. Es bleibt abzuwarten, wie ernst Bundesaußenminister Genscher die Forderung aus dem FDP-Wahlprogramm von 1983 nach einer C-waffenfreien Zone in Europa in seiner praktischen Politik nimmt. (-/13.10.1983/vo-he/hgs)

+ + +



29. Oktober '83 • BAYERNHALLE in München

Auftritt zur



17.-24.00 Uhr

Phantasie

KABARETT • ROCK • VOLKSMUSIK • POLITIK

für den Frieden in Europa

Mitwirkende:

Die Schmetterlinge (Österreich) • bots (Holland)
Klaus Lage Band • Paulin Nuotcla Band (CH)

Helmut Ruge (Gesamtmoderation)
Franca Magnani (Italien) • Zauberberg

Hans-Jochen Vogel (Fraktionsvors. SPD)
Monika Wulf-Mathies (ÖTV-Vorsitzende)

Hans Preiss (JG-Metall, Vorstand)
Dieter Hildebrandt • Eisy Gulp

Biermösl Blossn • Guglhupfa • Gerhart Polt
Jakob Deffner (DGB-Bayern, Vors.)

Peter Glotz (SPD-Bundesgeschäftsf.)
Rosemarie Kurz (SP-Schweiz)

Klaus Staeck • Sammy Drechsel
Fritz Schösser (DGB-Bayern, stellv. Vors.)

Bernt Engelmann (VS Bundesvorsitzender)
Dieter Lattmann (VS)

Eintritt: DM 15,-

Biergarten, Info-Stände, Diskussionsrunden.

Veranstalter: DGB-Bayern Bildungswerk
Das andere Bayern e.V. Verein für mehr Demokratie

Vorstellungsbüro: Schwanthaler-Str. 64, DGB,
☎ 089/530821 App. 202
Oberanger 38, ☎ 089/2609007/2374-1

Kartenvorverkauf ab 1. Oktober 1983

Vorverkaufsstellen: Münchner Gewerkschaftshaus
Schwanthaler-Str. 64, ☎ 089/530821
Oberanger 38, ☎ 069/2374-1

Aufgabenbuchhandlung, W. Helmstr. 41 ☎ 331241

Unterstützt von der Sozialistischen Fraktion
im Europa-Parlament und der Münchner SPD.

Verantwortlich: Lothar Jansen
Schwanthaler-Str. 64